

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

12.1.1931 (No. 9)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon Nr. 354
und 354
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Menck,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, amangewiesener Verbreitung und Konsumvermögen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Deutsches Handbuchsregister für Baden, Badischer Deutsches Handbuchsregister für Baden, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau

Vor der Verbindlichkeitserklärung

WZ. Berlin, 12. Jan. (Tel.) In der Lohnkretzzeit im Ruhrkohlenbergbau hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien zu einer Aussprache über die durch die beiderseitige Ablehnung des Schiedsspruchs vom 10. Januar 1931 entstandene Lage auf heute, Montag, den 12. Januar 1931, 17 Uhr, in das Reichsarbeitsministerium eingeladen. Die Aussprache gilt der Klärung der Frage, ob eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches erfolgen soll.

Proteste der Gewerkschaften

Sowohl die freien Gewerkschaften (Aller Bergarbeiterverband), wie die Christlichen und Kirch-Dunderföhen Gewerkschaften haben am Sonntag in Konferenzen im Ruhrgebiet gegen die sechsprozentige Lohnkürzung protestiert und den Schiedsspruch abgelehnt.

In der Reichskonferenz der freien Gewerkschaften wurde betont, es sei, nachdem die Erbitterung einen ungemein starken Grad erreicht habe, den organisierten Bergarbeitern außerordentlich schwer, das Lohnkürzung kamplos hinzunehmen. Wenn sich die Bergarbeitervertreter in der Konferenz trotzdem für die Hinusschiebung des Kampfes schmerzlichen Herzens entschließen würden, dann geschähe das nur in der Hoffnung, daß recht bald der Zeitpunkt zum Losschlagen günstiger als jetzt sei. Das Vorstandsmitglied Marimüller bezeichnete die Entscheidung des Schiedsgerichts als einen politischen Spruch. Er gab damit für die Ablehnung wörtlich die gleiche Begründung, wie die Arbeitgeber. So berechtigt auch die Erbitterung der Arbeiterschaft sei, so bedenklich sei es, gegen einen verbindlich erklärten Spruch anzukämpfen. Daher müsse die gewissenhafte Streikparole der Kommunisten entschieden abgelehnt werden. Es sei zu bedenken, daß in wenigen Monaten im Ruhrbergbau mit neuen und schweren Tarifkonflikten zu rechnen ist, in deren Verlauf es zu entscheidenden Auseinandersetzungen kommen werde. Deswegen müsse jetzt alles daran gesetzt werden, die Schlagkraft der Verbände für die bevorstehenden Kämpfe zu erhalten und zu stärken. Die Abstimmung der Delegierten ergab die einstimmige Ablehnung des Schiedsspruchs.

In einer außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkschaftsbundes Christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Essen wurde eine Entschließung gefaßt, in der eingangs der drückenden Notlage der Ruhrbergleute gedacht wird, und dann weiter heißt, die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues rechtfertige den Schiedsspruch nicht. Die Behauptung der Besondereverwaltung, daß es dem Ruhrbergbau finanziell schlecht gehe, und er mit Zuschüssen arbeiten, könne nicht stimmen. Die außerordentliche Generalversammlung lehne darum den Schiedsspruch mit aller Entschiedenheit ab. Sie fordere die Einführung einer unparteilichen Jankung zur ständigen Prüfung der Rentabilität des Bergbaues, wie sie in England bestche. In der Preisabbauforderung wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie mit derselben Schnelligkeit und Energie, mit der sie die Löhne abbaue lasse, auch eine Senkung der Preise und Abgaben durchsetze.

Die Konferenz der Vertrauensmänner des Kirch-Dunderföhen Verbandes (Abteilung Bergbau) hat den Schiedsspruch gleichfalls einstimmig abgelehnt.

Gründung eines kommunistischen Bergarbeiterverbandes

Die Kommunisten setzen ihre Bemühungen, die Gewerkschaftsfront zu durchbrechen, fort. Sie hatten auch für Sonntag zu einer neuen Schiedsdelegiertenkonferenz eingeladen, in der unter dem Beifall einer nach Tausenden zählenden Menge die Gründung des sogenannten „Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands“ beschlossen wurde. Im Präsidium des Verbandes sollen nach Angaben des Versammlungsleiters mehrere ehemalige Mitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsbundes Christlicher Bergarbeiter vertreten sein. Es wurde kein Hehl daraus gemacht, daß der Verband einen politischen Kampf führen will und sich als Vorposten der Sowjetunion in Deutschland betrachtet.

Anschließend an die Gründungsversammlung wurden, wie es heißt, in internen Beratungen weitere Streikmaßnahmen beschlossen. Ob es indessen den Kommunisten gelingen wird, den Teilstreik erneut aufzuladern zu lassen, bleibt bei der scharfen polizeilichen Wachsamkeit im Revier sehr fraglich.

850 000 Reichsmark Lohnausfall während des wilden Streiks

Der Bergbauverein teilt mit: Der Ausfall im Ruhrgebiet ist beendet. Die Höchstziffer der Beteiligung an Streiks betrug in der Morgenschicht vom 8. Januar 15 834. Der Gesamtschichtausfall beläuft sich auf rund 95 000 Schichten und der Gesamtlohnausfall auf rund 850 000 M. Für den Bauer, der vom 1. bis zum letzten Schichttage, insgesamt sieben Tage, nicht zur Arbeit erschienen ist, ergibt sich bei einem Schichtlohn von etwa 10 M. ein Lohnausfall von rund 70 M.

Im Ruhrgebiet ist alles zur Arbeit erschienen

WZ. Essen, 12. Jan. (Tel.) Soweit bisher festgestellt werden konnte, hat sich der auf der gestrigen Konferenz der Kommunisten in Duisburg gefaßte neue Streikbeschluss nicht auswirken können, da die Bergarbeiter zur Arbeit erschienen sind. Die Schichtverteilung im Ruhrgebiet vollzählig eingefahren ist.

Letzte Nachrichten

Beginn der Reichstagsarbeiten

Morgen Zusammentritt des Haushaltsausschusses
WZ. Berlin, 12. Jan. (Tel.) Im Reichstag wurden am heutigen Montag die parlamentarischen Arbeiten, zunächst mit Fraktionsitzungen, wieder aufgenommen. Am Dienstagmorgen beginnen dann die Verhandlungen des Haushaltsausschusses, und zwar wird zunächst eine kleinere Vorberatung, die die Erstattung auf Kriegswohlfahrtsauslagen an die Länder und Gemeinden betrifft, beraten.

Die Beratung des Haushalts wird am Mittwoch in Angriff genommen. Im Ausschuss wird zunächst eine allgemeine Aussprache über den gesamten Haushalt stattfinden. Danach schließt sich dann die Beratung der einzelnen Etats, von denen zuerst die des Reichspräsidenten und des Reichsfinanzministers zur Beratung kommen. Als erster größerer Etat wird der des Wirtschaftsministeriums beraten.

Ferner nimmt in dieser Woche der Untersuchungsausschuss für die Roggenfäule seine Arbeiten auf.

Am Montag nächster Woche tritt das Wahlprüfungsgericht zu einer Sitzung zusammen, um die Nachprüfung der Septemberwahlen zu beginnen. Die Verhandlungen sind diesmal infolge von besonderem Interesse, als das Wahlprüfungsgericht am Schluß seiner Beratungen über die Gültigkeit der vier konservativen Mandate, die bekanntlich mit Hilfe der Reichsliste des Landvolks zustande gekommen sind, zu befinden haben wird. Am Dienstag nächster Woche nimmt der neue Strafrechtsausschuss seine Arbeiten auf.

Amerika und die Reparationen

Die größte Bank Amerikas für Schuldenerhöhung

WZ. New York, 12. Jan. (Tel.) Im Jahresbericht der Chase Nationalbank, der größten Bank der Welt, gibt Albert S. Wiggins, ein aufsehenerregende Erklärung über die Reduzierung der interalliierten Schulden ab, über die amerikanische Politik und die amerikanische Wirtschaft ab.

Wie Wiggins ausführt, wird die Frage der Streichung oder Herabsetzung der interalliierten Schulden in steigendem Maße in der Welt erörtert, und die Wichtigkeit dieses Problems übertrifft bei weitem die Bedeutung der Dollarbeiträge dieser Schulden. Ohne auf die vielen Gründe und Gegengründe auf beiden Seiten, oder auf die Frage der Gerechtigkeit der Schuldenerhöhung einzugehen, so erklärt er ausdrücklich, bin ich fest davon überzeugt, daß es ein gutes Geschäft für unsere Regierung wäre, den jetzigen Zeitpunkt für eine Herabsetzung dieser Schulden auszunutzen. Unter den ungünstigen Faktoren ist der gefährlichste das Unvermögen der fremden Länder, sich genügend Dollarbeiträge zu beschaffen, um uns sowohl ihre Schulden zurückzahlen als auch in ausreichendem Maße unsere Ausfuhr bezahlen zu können.

Wir stehen heute vor der Wahl, entweder unsere geschrumpfte Ausfuhr herabzusetzen oder unsere stark zusammengeschrumpfte Ausfuhr wiederum aufzubauen. Wiggins erklärte weiter, daß nach seiner Ansicht der Tiefstand der Depression erreicht sei und die nächste größere Bewegung zu einer Belebung führen werde. „Ich erwarte, daß die Wirtschaftslage 1931 erheblich besser als zu Ende 1930 sein wird.“ Zur Lohnfrage erklärte er, es sei unrichtig, daß hohe Löhne geeignet seien, eine günstige Konjunktur herbeizuführen, vielmehr können umgekehrt eine günstige Konjunktur die Senkung des Lohnniveaus begründen. Würden die Löhne höher gehalten, als es die Wirtschaftslage rechtfertige, ginge der Beschäftigungsstand und die Kaufkraft der Arbeiter Amerikas zurück.

Ein Zwischenlösungsprojekt zur Abrüstungsfrage

Vorerst Stabilisierung der Rüstungen?

WZ. London, 12. Jan. (Tel.) Der Senker Korrespondent des „Daily Herald“ meldet: Man spricht hier davon, daß eine Gruppe kleiner Mächte unter Umständen einen Vorschlag zugunsten eines europäischen „Gentlemen Agreement“ vorbringen wird, das eine Stabilisierung der Rüstungen bis nach Beendigung der großen Abrüstungskonferenz herbeiführen soll. — Dem Gedanken wird hier große Beachtung geschenkt, befürchtet man doch, daß viele Staaten bis zum Zusammentritt der 2. Konferenz ihre Rüstungen in aller Eile wesentlich steigern werden, um bei den Verhandlungen wichtigere Vorteile zu gewinnen.

Konflikt bei der Reichsbahn in Sachsen

WZ. Dresden, 12. Jan. (Tel.) Der Streit zwischen der Reichsbahndirektion Dresden und den Eisenbahnarbeitern wegen der beschlossenen Einführung von Feiertagen hat sich in bedrohlicher Weise verschärft. Die Arbeiter hatten unter dem ausdrücklichen Vorbehalt ihrer Rechte aus dem Einzelarbeitsvertrag sich den Maßnahmen der Verwaltung gefügt. Dies hat die Reichsbahn aber nicht als Zustimmung angesehen und infolgedessen in Sachsen über 10 000 Arbeiter gekündigt. Die Kündigungstermin läuft am 16. Januar ab. Gestern tagte eine vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands einberufene Bezirkskonferenz, welche die Ortsgruppen aufforderte, unverzüglich alle Vorbereitungen zur Aufnahme des Arbeitskampfes, der alle Eisenbahnarbeiter Sachsens umfassen würde, zu treffen.

Der Ausländerverkehr in Baden

(Juni bis August 1930)

Nach Feststellungen des Statistischen Landesamts.

Die badischen Fremdenverkehrsorte waren in den drei Hauptreisezeiten Juni, Juli und August in erfreulich starkem Umfang das Ziel von Ausländern, wenn hierdurch auch der mancherorts zu beobachtende erhebliche Rückgang des Inländerbesuchs vielfach nicht oder doch nur ungenügend wettgemacht werden konnte.

Von den einzelnen Herkunftsländern war der Besuch am stärksten aus den Ländern englischer Zunge. In vorderster Reihe stehen die Vereinigten Staaten von Amerika, woher 34 075 Personen in den zur Untersuchung ausgewählten 60 Fremdenplätzen als angekommen gemeldet worden sind. Das ist nahezu ein Drittel sämtlicher der erfaßten Auslandsfremden (108 021). Allerdings darf nicht unbeachtet gelassen werden, daß gerade die Amerikaner sich meist zu keinem Daueraufenthalt entschlossen, sondern in der Absicht, in kurzer Zeit möglichst viel zu sehen, häufig Ortswechsel vornahmen und deshalb in zahlreichen Fremdenplätzen mehrfach gemeldet erschienen. Ganz besonders zog es die Amerikaner nach Heidelberg, das mit 19 235 Personen weit über die Hälfte aller amerikanischen Besucher Badens auf sich ziehen konnte. In weiterer Reihenfolge kommen Baden-Baden (5635), Freiburg (2485), Mannheim (2190), Konstanz (1145), Karlsruhe (991) und Triberg (591). In zweiter Stelle stand der Auslandsbesuch aus England, der mit 19 229 gemeldeten Fremden etwas mehr als die Hälfte des Amerikanerverkehrs brachte. Unter den von Engländern vorzugsweise aufgesuchten Fremdenplätzen ragt wiederum Heidelberg mit 7791 englischen Besuchern hervor; es folgt Freiburg (3536), Baden-Baden (2141), Triberg (971), Titisee (612), Konstanz (606) und Karlsruhe (558). Der dritthöchste Ausländerverkehr kam von Holland. Auch hier war Heidelberg mit 4625 gemeldeten Holländern deren begehrtestes Ziel. Die weitere Reihenfolge ist Baden-Baden (2833), Freiburg (1922), Triberg (1186), Titisee (975), Karlsruhe (848), Mannheim (637) und Konstanz (613). Von der benachbarten Schweiz, im Ausländerverkehr der Stärke nach mit 11 641 Besuchern an 4. Stelle stehend, nahm Freiburg die größte Fremdenzahl auf (1859); es folgen Konstanz (1679), Heidelberg (1572), Baden-Baden (918), Titisee (631), Mannheim (553) und Badenweiler (552). Von Österreichern, von denen insgesamt 6294 als angekommene Fremde festgestellt wurden, war Konstanz am meisten besucht (1368); die beliebtesten Aufenthaltsorte dieser waren ferner Freiburg (991), Heidelberg (970), Karlsruhe (924), Mannheim (830), Singen (206) und Baden-Baden (203). Die Franzosen mit einer Gesamtzahl von 4828 Anmeldungen suchten vornehmlich Baden-Baden auf (1010); die weiterhin bevorzugten Plätze sind Freiburg (780), Heidelberg (663), Konstanz (569), Mannheim (302), Karlsruhe (205), Titisee (154) und Forzheim (151). Vom übrigen Ausland (nordische Länder, Belgien, Polen, Rußland, Ungarn, Italien, Japan usw. usw.), wurden im ganzen 15 698 angekommene Fremde festgestellt. Hieron gingen die meisten nach Heidelberg (4732); Freiburg sah 1886, Baden-Baden 1715 Angehörige sonstiger Länder. Eine größere, ziemlich bunt zusammengesetzte internationale Besucherschaft fand sich außerdem noch in Mannheim, Karlsruhe (Heimattag), Konstanz, Forzheim, Titisee und Triberg ein.

Im ganzen genommen hatte Heidelberg die weitaus größte Zahl von Ausländern; insgesamt konnte es 39 588 ausländische Besucher verzeichnen; in weitem Abstand folgt Baden-Baden (14 455), Freiburg (13 459), Konstanz (7214), Mannheim (6286), Karlsruhe (5583), Triberg (3420) und Titisee (3115).

Im Verhältnis zum Gesamtverkehr hatte Baden-Baden den höchsten Prozentsatz ausländischer Besucher mit 39,8 Proz. aufzuweisen. An 2. Stelle steht Titisee mit 35,9 Proz., an 3. Heidelberg (32,2 Proz.), es folgen Todtnau (32,0 Proz.), Triberg (31,2 Proz.), Badenweiler (23,7 Proz.), Freiburg (23,6 Proz.), St. Blasien (21,2 Proz.), Schönau i. Schw. (19,4 Proz.), Todtnöös (17,8 Proz.) und Forzheim (15,8 Proz.).

Nähere interessante Zahlenangaben über den Ausländerverkehr an den größeren Fremdenverkehrsplätzen Ba-

Kurze Nachrichten aus Baden

Herliches Winterwetter im Schwarzwald
D3. Freiburg i. Br., 11. Jan. Nachdem zum Wochenende...

D3. Weinheim, 11. Jan. Seit Anfang der Woche ist Weinheim ohne Bier...

Bl. Hüllstein (bei Steinen), 12. Jan. Bürgermeister Greiner kann auf eine 25jährige Tätigkeit als Bürgermeister zurückblicken...

D3. St. Blasien, 10. Jan. Aus Anlaß seines goldenen Ehejubiläums wurde Altbürgermeister Adolf Wäcker wegen seiner vielseitigen Verdienste um das Wohl von St. Blasien zum Ehrenbürger ernannt.

Bl. Bonndorf, 12. Jan. In Dillendorf bei Bonndorf brach in der Nacht vom Sonntag auf Montag Feuer aus, wodurch zwei Anwesen eingäschert wurden...

D3. Furtwangen, 10. Jan. In noch nicht vollendetem 50. Lebensjahre starb nach längerem schweren Leiden Direktor Armin Nombach von der Badischen Uhrenfabrik AG. in Furtwangen...

D3. Überlingen, 11. Jan. In Oberföhringen entstand gestern ein Brand, dem das Anwesen des Landwirts Franz Reif bis auf das Wohnhaus zum Opfer fiel...

Staatsanzeiger

Dem Naturheilverein Weimar wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 6. Januar 1931.
Der Minister des Innern
J. E. Weigel.

Auf Grund der am 20. bzw. 23. Dezember 1930 beendeten Staatsprüfung für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen sind nachgenannte Gewerbeschulreferendare (Diplomingenieure) für bestanden erklärt worden...

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zurufbefragungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Verwaltungsassistent Josef Keller beim Bezirksamt Karlsruhe zum Verwaltungssekretär...

Zur Ruhe gesetzt:
Verwaltungsoberrat Verthold Eichhorn beim Bezirksamt Donaueschingen.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:
Polizeihauptwachmeister Karl Bredner in Lörrach.

Gestorben:
Bezirksbaumeister Ferdinand Finus beim Bezirksamt Konstanz.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Ernannt:
Den Direktor der Medizinischen Poliklinik in Bonn, Professor Dr. R. Siebek zum ordentlichen Professor für innere Medizin und Direktor der Medizinischen Klinik an der Universität Heidelberg auf 1. April 1931.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Hauptlehrer Karl Müller in Mannheim bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Gestorben:
Professor Karl Binder in Erbrugg i. Schw.; Anton Häfner, Hauptlehrer in Sodenheim.

Bekanntmachung.

Das Sparbuch Nr. 1599 unserer Kasse, lautend auf den Namen „Fräulein Elisabeth Geiger von Brudfelden, nun in Otrach“, ist abhanden gekommen...

Heiligenberg/Bodensee, den 8. Januar 1931.

Bezirks-Sparkasse Heiligenberg/Bodensee
Öffentliche Verbandssparkasse

WIR WERBEN
FÜR SIE!

Advertisement for Lebensbedürfnisverein featuring a logo with a crown and the text 'An unsere sehr geehrten Mitglieder! Letzter Termin zur Ablieferung der Gegenmarken-Sammel- u. Geschäftsanteil-Karten von 1930 Montag, 19. Januar 1931 Wir bitten dringend, diesen Termin einzuhalten! Lebensbedürfnisverein'



Badisches Landestheater
Dienstag, den 13. Jan. 1931
Vollstündige
Januarvorstellung
Das Lamm des Armen
Tragikomödie
von Stefan Zweig
Regie: Baumbach

b. d. Trend, Grimm, Luther, S. Kienhöfer, Müller, G. Seibert
Anfang 19 1/2 Ende 29
Preis A 0,70-5 20
Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigelegt.

Zentralhandelsregister für Baden.

Table with multiple columns containing legal notices and company registrations from various locations including Ettlingen, Heidelberg, Karlsruhe, and Mannheim. Entries include company names, registration numbers, and dates.